



Kooperation für den Frieden

Kooperation für den Frieden · Römerstr. 88 · 53111 Bonn

An die Abgeordneten des Deutschen Bundestages



Nein zum Bombodrom! Für eine echte europäische Friedens- und Sicherheitspolitik!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Für Mitte November 2008 ist eine Sitzung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages geplant, in der es um die Petitionen gegen die weitere militärische Nutzung des ehemaligen sowjetischen "Bombodroms" in der Kyritz-Ruppiner Heide gehen soll. Nach uns vorliegenden Informationen haben die Abgeordneten von CDU/CSU und SPD sich in Vorfeld auf eine Beschlussvorlage geeinigt, die den Truppenübungsplatz als grundsätzlich sinnvoll bezeichnet und die Petitionen der Bundesregierung lediglich als Material überweist.

Wir fordern den Deutschen Bundestag auf, sich klar gegen den Luft-Boden-Schießplatz in der Kyritz-Ruppiner Heide zu positionieren. Die Petitionen müssen der Bundesregierung zur Berücksichtigung überwiesen werden!

Mit Sorge verfolgen wir die zunehmende Militarisierung der europäischen Außenpolitik und die damit einhergehende Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee. Wie im "Headline Goal 2010" beschrieben, plant der Europäische Rat den Ausbau der EU-Streitkräfte bis zum Jahr 2010. Ziel ist es, EU-Truppen zu haben, die innerhalb von wenigen Tagen weltweit einsatzbereit sind - "effektiv, glaubwürdig und kohärent". Dazu sind auch gemeinsame militärische Übungen nötig. Im Papier heißt es, dass bis 2010 Kriterien dafür entwickelt werden sollen, welche Ziele die nationalen Armeen im Bereich multinationalen Trainings zu erfüllen haben.

Aus dem Betriebskonzept der Bundeswehr für den Truppenübungsplatz Wittstock aus dem Jahr 2003 und anderen Verlautbarungen der Bundeswehr können wir schließen, dass die oben genannten Fähigkeiten - das Zusammenwirken von Luftwaffe und Bodentruppen im Rahmen der EU Battle Groups und der NATO Response Forces - unter anderem in Wittstock trainiert werden sollen.

Ein Blick auf die laut Betriebskonzept beteiligten Flugzeuggattungen und deren Waffensysteme macht schnell deutlich, für welche Art von Einsätzen Soldatinnen und Soldaten in der Kyritz-Ruppiner Heide ausgebildet werden sollen:

Tornados, A-10, F-16 und Mirage können mit völkerrechtswidrigen Atomwaffen bestückt werden. Von den A-10 ist zudem bekannt, dass sie Munition aus abgereichertem Uran verschießen. Tornados und Eurofighter sind dafür ausgestattet, mit HARM-Raketen die Flugabwehr des Gegners auszuschalten (wie beim Angriff auf Jugoslawische Städte geschehen). Sie können zum Abwurf von Clusterbomben

Mitwirkende:
Aachener Friedenspreis e.V.
Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)
Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden
Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion KURVE Wustrow
Braunschweiger Bündnis für den Frieden
Bremer Aktion für Kinder (BAKI)
Bund demokratischer WissenschaftlerInnen (BdWi)
Bund für Soziale Verteidigung (BSV)
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)
Christen für gerechte Wirtschaftsordnung (CGW)
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)
EUCOMMunity
Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung von Kriegsdienstverweigerern (EAK)
Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland – Friedensausschüsse
Frauen in Schwarz Hamburg
Frauen in Schwarz Köln
Frauennetzwerk für den Frieden e.V.
Friedensforum Münster
Friedensgruppe Altenholz
Friedensinitiative Nottuln e.V.
Friedensrat Mülheim
Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD)
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Hauptvorstand
Infostelle für Friedensarbeit, Meckenheim
IALANA (International Association of Lawyers against Nuclear Arms)
IFIAS (Institute for International Assistance and Solidarity)
IPPNW, Deutsche Sektion der internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzte in sozialer Verantwortung
Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
Internationaler Versöhnungsbund – deutscher Zweig
Komitee für Grundrechte und Demokratie
Koordinierungsausschuss der Friedensbewegung in der Region Ingolstadt
Lebenshaus Schwäbische Alb
Leserinitiative Publik e.V.
Menschen für den Frieden, Anti-Kriegsbündnis Düsseldorf
Mönchengladbacher Friedensforum
NaturwissenschaftlerInnen-Initiative "Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit"
Netzwerk Friedenskooperative
Netzwerk Friedenssteuer
Ökumenisches Friedensnetz Düsseldorfer Christinnen und Christen
Ökumenisches Zentrum für Umwelt-, Friedens- und Eine-Welt-Arbeit, Berlin
Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF)
pax christi – Deutsche Sektion
Rhöner Friedenswerkstatt im UNESCO Biosphärenreservat, Künzell
Sichelchmiede, Werkstatt für Friedensarbeit in der Kyritz-Ruppiner Heide
Ver.di-Jugend
Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden
Würselner Initiative für den Frieden



dienen (die weltweit geächtet sind) und können mit dem Marschflugkörper "Taurus" ausgestattet werden (definitiv eine Angriffswaffe).

Bei den geplanten Einsätzen der EU-Battle Groups und der NATO Response Forces geht es ganz offensichtlich nicht um Verteidigung gegen einen militärischen Angriff, auch nicht um humanitäre Hilfe oder den Schutz von Menschenrechten. Die Struktur und Bewaffnung der Verbände macht deutlich, dass hier der Angriffskrieg geübt werden soll, die militärische Intervention in aller Welt, der Kampf um wirtschaftliche Ressourcen und geostrategische Einflusszonen mit allen Mitteln.

Wir wissen, dass in den Kommunalparlamenten, Kreistagen und Landtagen von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern zahlreiche Politikerinnen und Politiker aller im Bundestag vertretenen Parteien klar Position gegen das Bombodrom bezogen haben. Sie begründen ihre Entscheidungen vor allem mit dem Argument, dass militärische Tiefflüge sich nicht mit einer gesunden Entwicklung des Tourismus in der betroffenen Region vereinbaren lassen. Sie als Abgeordnete des Bundestages haben vielleicht mehr die bundespolitischen und damit auch verteidigungspolitischen Gesichtspunkte im Blick. Wer will sich schon gegen das Bombodrom positionieren, wenn das Verteidigungsministerium mit seiner fachlichen Kompetenz darauf besteht, dieser Übungsplatz sei für die Sicherheit unseres Landes unabdingbar?

Als Friedensorganisationen beschäftigen wir uns intensiv mit den Bedingungen von Krieg und Frieden, mit der Frage, was das Leben auf diesem Planeten sicherer oder unsicherer macht. Wir sind überzeugt: Der Aufbau von Interventionsstreitkräften macht Kriege wahrscheinlicher. Übungen zum Einsatz von völkerrechtswidrigen Atombomben, Clusterbomben und anderen Angriffswaffen machen das Leben auf diesem Planeten unsicherer. Eine Sicherheitspolitik, die an menschlicher Sicherheit orientiert ist, braucht keinen Luft-Boden-Schießplatz.

Bitte schieben Sie den Schwarzen Peter nicht den Gerichten zu. Sie als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes stehen in der Verantwortung, an dieser Stelle eine Entscheidung zu treffen, die den Volkswillen respektiert. Sie sind auch dem Grundgesetz verpflichtet, das die Vorbereitung von Angriffskriegen verbietet. Bitte werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht.

In diesem Sinne möchten wir eindringlich an Sie appellieren:

Mischen Sie sich ein in die Diskussion um den Luft-Boden-Schießplatz.

Stimmen Sie für einen Verzicht auf das "Bombodrom".

Stimmen Sie dafür, die Petitionen gegen das Bombodrom der Bundesregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Mitgliederversammlung der Kooperation für den Frieden, Braunschweig den 19.10.2008

Für die Kooperation für den Frieden
die Sprecherinnen und Sprecher

Christof Grosse

Otmar Steinbicker

Mira Lorent

Reiner Braun

Susanne Grabenhorst